

Die steigende Bedeutung von Evaluationen politischer Massnahmen drückt sich nicht nur in ihrer expliziten Verankerung in der Bundesverfassung (BV Art. 170) und in neu geschaffenen Evaluationsstellen in der Bundesverwaltung aus, sondern auch in der zunehmenden Anzahl von Wirkungsanalysen im Auftrag von Bund, Kantonen und Gemeinden. Dem steht allerdings das geringe Interesse an Wirksamkeitsüberprüfungen von Seiten der Politikerinnen und Politiker gegenüber. Obwohl im Zuge gesellschaftlicher Legitimations- und finanzieller Budgetdefizite zunehmend anerkannt wird, dass politische Programme nicht nur sorgfältig formuliert, sondern auch im Hinblick auf ihre angestrebten Ziele und Wirkungen regelmässig überprüft werden sollten, tragen die politischen Akteure wissenschaftlichen Evaluationen im politischen Entscheidungsprozess heute nach wie vor zu wenig Rechnung. Dieser Diskrepanz zwischen dem hohen praktischen Nutzen und dem geringen politischen Gebrauch von Evaluationen hat sich die Jahrestagung der Schweizerischen Evaluationsgesellschaft (SEVAL) vom 11. Juni 2004 in Bern gewidmet. Aus diesem Anlass liegt der inhaltliche Schwerpunkt des vorliegenden Hefts in der Beschreibung und Analyse des komplexen Spannungsverhältnisses zwischen Politik und Evaluation. Damit behandelt das Themenheft eines der Hauptanliegen der vor zehn Jahren gegründeten Schweizerischen Evaluationsgesellschaft, nämlich die Förderung des Dialogs und des Austauschs zwischen politischen Entscheidungsträgern und -trägerinnen sowie Evaluatorinnen und Evaluatoren.

Bei der Mehrzahl der abgedruckten Beiträge handelt es sich um schriftliche und überarbeitete Fassungen der an der SEVAL-Jahrestagung 2004 gehaltenen Referate. Der einleitende Beitrag von *Katia Horber-Papazian*, Professorin am IDHEAP, die auch für das Tagungskonzept verantwortlich zeichnet, erläutert die Gründe für die Durchführung einer Konferenz der SEVAL zum Thema «Politik und Evaluation» und die damit verbundenen Ziele. Alt Bundesrätin *Ruth Dreifuss* schildert aus der Sicht der politischen Praxis und anhand von illustrativen Beispielen, welche Bedeutung die Verwendung von Evaluationen im Eidgenössischen Departement des Innern während ihrer Amtszeit erhalten hat. Sie nennt Faktoren zur Förderung von «Evaluationskulturen» in der Verwaltung und Bedingungen zur erfolgreichen Verwendung von Evaluationen. *Luzius Mader*, Vizedirektor des Bundesamtes für Justiz, liefert in seinem Beitrag eine aktuelle Übersicht über die rechtlichen Grundlagen der Evaluationstätigkeiten auf Bundesebene, weist aber auch gleichzeitig auf die noch vorhandenen Lücken in deren

Institutionalisierung hin. Im Weiteren macht er auf den Aufbau eines Netzwerkes von Personen in der Bundesverwaltung aufmerksam, welches das Ziel verfolgt, sowohl den Professionalisierungsgrad als auch den Gebrauch von Evaluationen zu erhöhen. *Philippe Schwab*, Sekretär der Geschäftsprüfungskommissionen des National- und Ständerates, erläutert in seinem Beitrag die vielfältigen Gründe, weshalb das Parlament nach wie vor Mühe bekundet, wissenschaftliche Wirkungsbeurteilungen in systematischer Weise zu nutzen und als politisches Steuerungsinstrument einzusetzen. Wichtige Ursachen liegen dabei sowohl in den strukturell unterschiedlichen Interessenlagen von Politikern, Politikerinnen, Behörden, Evaluatoren und Evaluatorinnen als auch insbesondere in der ungenügenden Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse des medial und kurzfristig geprägten Politikbetriebs durch die Evaluatoren und Evaluatorinnen. *Kurt Nuspliger*, Staatsschreiber des Kantons Bern, zeigt exemplarisch den Stellenwert von Evaluationen auf kantonaler Ebene auf. Er weist auf die zunehmende Bedeutung von pro- und retrospektiven Gesetzesevaluationen hin und fasst die bernischen Erfahrungen mit den abgeschlossenen Erfolgskontrollen im Bereich der Staatsbeiträge zusammen. Mit der Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung im Kanton Bern scheinen die verschiedenen Formen von Evaluationen im Kanton Bern auch in Zukunft an Bedeutung zu gewinnen. Abschliessend unterbreitet er Vorschläge zur Optimierung des Dialogs zwischen den in der Politik, der Verwaltung und der Evaluation tätigen Akteuren. *Andreas Balthasar*, Leiter des Luzerner Instituts für Politikstudien INTERFACE und Präsident der SEVAL, wendet sich der Frage nach den Zielgruppen von Evaluationen sowie nach den Funktionen zu, die sie für unterschiedliche Zielgruppen übernehmen können. Ausgehend von der Zuordnung ausgewählter Instrumente der Vollzugs- und Wirkungsanalyse zu den einzelnen Phasen des Policy-Zyklus leitet er die Erwartungen der verschiedenen Zielgruppen an die einzelnen Instrumente ab und hält die daraus gewonnenen Erkenntnisse für die Evaluationspraxis fest. Auch der letzte wissenschaftliche Beitrag des vorliegenden Hefts widmet sich dem Spannungsfeld zwischen der empirischen Evidenz von Evaluationsstudien und ihrer politischen Verwertbarkeit. *Michael Burkard*, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Parlamentsdienste des Bundes, beleuchtet in seinem Beitrag die Wirkungen der Agrarsubventionen unter dem Gesichtspunkt der Erreichung ambivalenter Politikziele. Er kommt zum Schluss, dass die Agrarsubventionen des Bundes mehr Anreize in Richtung des Politikziels der dezentralen Besiedelung setzen als in Richtung einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Landwirtschaft und formuliert abschliessend

Verbesserungsvorschläge für die parlamentarische Oberaufsicht im Bereich der Wirksamkeitsüberprüfungen.

Die immer häufiger auftretenden Evaluationsklauseln, mit denen die Behörden ermächtigt bzw. verpflichtet werden, Wirksamkeitsüberprüfungen durchzuführen, bilden schliesslich den Themenschwerpunkt der beiden ersten Werkstattberichte. Während *Werner Bussmann* vom Bundesamt für Justiz eine differenzierte Typologie der bestehenden Evaluationsklauseln vorstellt, unterbreitet *Andreas Lötscher* von den Zentralen Sprachdiensten der Schweizerischen Bundeskanzlei verschiedene Vorschläge zu einer einheitlichen Redaktionspraxis bei der Formulierung von Evaluationsklauseln in Gesetzen. Der abschliessende Werkstattbericht von *Jean-Daniel Delley*, Professor an der Universität Genf, befasst sich mit der Pionierrolle, die der Kanton Genf bei der Institutionalisierung von Evaluationen politischer Massnahmen einnimmt und schildert die Erfahrungen mit der vor zehn Jahren geschaffenen externen Expertenkommission zur Evaluation öffentlicher Politik.

*Adrian Vatter, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Konstanz und Vorstandsmitglied der Schweizerischen Evaluationsgesellschaft (SEVAL)*